

II- 9288 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4678 /1

1989 -12- 0 4

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Dkfm. Bauer
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Besteuerung der Unfallrenten

Gegen Proteste der Oppositionsparteien und auch einzelner Vertreter der Regierungsfractionen wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 die Besteuerung der Unfallrenten beschlossen. Wie erwartet hat sich diese Maßnahme auf die finanzielle Situation der Unfallrentner ausgesprochen negativ ausgewirkt, die damit einen sehr hohen Beitrag zur Budgetsanierung leisten müssen. Auf berechtigten Unmut der Betroffenen ist insbesondere die Inseratenserie des Finanzministeriums gestoßen, mit der in zahlreichen Einzelfällen dargelegt werden sollte, daß nahezu alle Steuerzahler durch die Steuerreform begünstigt seien. Verschwiegen wurde in dieser Serie jedoch, daß beispielsweise die Unfallrentenbezieher für diese Steuerreform zusätzliche Leistungen erbringen müssen.

Da sich in den letzten Monaten seit Wirksamkeit der Steuerreform zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen gegen die Besteuerung der Unfallrenten gewandt haben und eine Sanierung des Staatshaushaltes auf Kosten der ärmsten Österreicher sachlich nicht zu rechtfertigen ist, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Meinen Sie, daß die Besteuerung der Unfallrenten angesichts dessen, daß die finanzielle Lage weiter Teile der Bevölkerung wesentlich besser ist als die eines durchschnittlichen Unfallrentners, sozial gerechtfertigt ist?

- 2) Welcher Betrag ist dem Budget bisher aus der Besteuerung der Unfallrenten zugeflossen?
- 3) Werden Sie im Sinne der sozialen Gerechtigkeit Maßnahmen ergreifen, um die Steuerbefreiung von Unfallrenten wieder herzustellen?